

Dresdner Volkszeitung

Vorstandssitz: Dresden
Redaktion: Nr. 2081.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Berlin, 28. November 1919

Abo-Preis: einfaches Blatt 10 Pf., Kurz-
be. Post bezahlt vierzehnlich 60 Pf., unter Ausland für Deutschland
und Österreich-Ungarn 90 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Redaktion: Berliner Platz 10, Tel. 25261.
Geschäftsstelle nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Berliner Platz 10, Tel. 26281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Ausgabenpreis: die 7 gelappten Monatshefte 9 Pf., 16. Semesterszeiten
70 Pf., die 8 gelappten Semesterzeiten 3 Pf. Bei mehrmaliger Abgabe Rabatt.
Unterstützung im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Abnahme an vor-
gekündigten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Schätzrechnungen ist
die 7 gelappte Monatszeitung 9 Pf. zu verwenden.

Nr. 275

Dresden, Freitag den 28. November 1919

30. Jahrg.

Lettische Kriegserklärung an Deutschland

Glemenceaus Rechtfertigungsversuch

Berlin, 27. November. Der deutsche Regierung ist in Paris am 25. November, abends 8 Uhr, folgende Note präsentiert worden, die infolge telegraphischer Zusagen am 26. d. M. abends in Berlin eingegangen ist:

Paris, den 22. November 1919.

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 21. November zu bestätigen, womit mitgeteilt wird, daß Herr G. Simson zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Art und Weise der Akkratierung des Vertrages nach Berlin abgereist ist, und daß für die zu schließenden Abkommen die Zustimmung der deutschen Nationalversammlung erforderlich ist. Nach dieser Mitteilung muß ich zweifeln,

dass die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages, zu deren Vornahme sich die verbündeten und assoziierten Regierungen für den 1. Dezember vorbereitet haben, an diesem Tage nahtlosenfaun, und zwar infolge der Haltung der deutschen Regierung, die sich schon seit dem 1. November im Besitz der Note der Verbündeten und des ihr beigefügten Protokolls befindet. Eine solche Verzögerung der Ratifikation des Vertrages wäre um so bedauerlicher, als sie Zweifel an der Aufrichtigkeit der Absichten Deutschlands hinsichtlich der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand und aus dem Friedensvertrage wachrufen könnte. So dürfte aber im allgemeinen Interesse und vor allem im Interesse des deutschen Volkes liegen, daß eine schnelle Akkratierung des Vertrages den Frieden und alle für die ganze Welt damit verbundenen Möglichkeiten der Friedensaufrichtung zurückspringt. Die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls ist insbesondere für den Zeitpunkt der

Mählerei der Kriegsgefangenen nach Deutschland maßgebend. Ich lege in dieser Hinsicht beharrlichen Wert darauf, die in Ihrem gestrigen Schreiben niedergeholte unrichtige Behauptung zurückzuweisen, daß die französische Regierung ein Versprechen gegeben und nicht gehalten habe. Die Wahrheit ist ganz anders. Am 28. August hatte der Oberste Rat den Entwurf einer Erklärung über die Kriegsgefangenen aufgenommen, wonach der Zeitpunkt der Ratifikation des Friedensvertrages, soweit die Heimhaftung der Kriegsgefangenen in Betracht kommt, vordatiert werden und die Heimhaftung sofort beginnen sollte. Dieser Entwurf ist wohl ausgeführt worden, und die Heimhaftung der Kriegsgefangenen hat begonnen. Deutgemaß sind die von der britischen, amerikanischen und belgischen Armee geschaffenen Gefangen in voller Übereinstimmung mit der französischen Regierung nach Deutschland verbracht worden. Über die Entscheidung besagte weiter, daß die Fortsetzung dieser wohlwollenden Politik davon abhängen sollte, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen. Die Mitteilung der verbündeten und assoziierten Regierungen zeigt einmal, mit welcher Sorgfalt die Verbündeten darauf gewartet haben, daß England und seine Verpflichtungen erfüllt, und stellt ferne fest, daß die Verpflichtungen von ihm in einer gewissen Anzahl sehr wichtiger Punkte gründlich verletzt wurden sind. Die Rolle hieran könnte nur der Beifall sein, sich streng an die Bestimmungen des Friedensvertrages zu halten, der die Heimkehr der Kriegsgefangenen mit der Akkratierung des Friedensvertrages verknüpft. Die deutsche Regierung hat es an der Hand, das tunnen einer

Frage von acht Tagen.

Die endgültige Ratifikation unterliegt wird und die Gefangenen in ihre Heimat zurückkehren. Es ist dazu außerordentlich, daß sich die Vertreter der Verbündeten und Deutschlands über die Art und Weise der praktischen Durchführung der Art und Weise der praktischen Durchführung der Bestimmungen verständigen und daß das der Mitteilung vom 1. November beigelegte Protokoll, das die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes sowie die Strafen für dessen Verletzung festlegt, ohne neue Änderungen unterzeichnet wird. Gremecau-

gez. G. Glemenceau.

Nachricht, den 24. November 1919. Nach der Ablösung des gegenwärtigen Schreibens, dessen Absendung sich nur durch die Abwesenheit des Präsidenten des Friedenskonsenses verzögert hatte, ist durch Ihr Schreiben vom 26. d. M. eine neue Tatsache zur Kenntnis des Obersten Rates gekrochen worden. Nach Herren v. Simson sind auch die deutschen Sachverständigen abreisen, die vor drei Tagen angekommen waren, um zusammen mit den Kommissionen

Berlin, 29. November. Wie bereits gemeldet, ist die deutsche Gesandtschaft in Mittau mit Rücksicht auf die militärische und politische Lage aus Mittau zurückgezogen worden. Die lettische Regierung hat nunmehr ihre hiesigen Vertreter gleichfalls zurückberufen und betrachtet sich unter Hinweis auf die Eingriffe der ehemals reichsdeutschen Truppen unter Walossow-Monmont mit Deutschland im Kriegszustand befindlich.

Die Verbündeten alle Fragen der Ausführung des Vertrages hinsichtlich der Arbeit, der Verwaltung, Abstimmungen und Grenzkommisionen zu regeln. Den Obersten Rat hat die Kreise der Delegierten lebhaft übertraut. Er kann darin nur ein Zeichen dafür erachten, daß Deutschland die Vereinbarungen, die dem endgültigen Austausche der Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages notwendigerweise vorausehen müssen, noch weiter verzögern will. Diese Tatsache hat sehr bedauerliche Zwecke an den Absichten der deutschen Regierung wacherufen. Der Oberste Rat möchte, hinsichtlich der Zeit in diesen Hinsichtlichkeit zu erhalten und überlässt der deutschen Regierung die volle Verantwortung für die von ihr verursachte Verzögerung der Wiederherstellung des Friedenszustandes.

Zur Note Glemenceaus wird von nachdrückender Stärke bemerkt: Das vorliegende Schreiben hat sich mit der Antwort auf die Kriegsgefangenen gelenkt. Es zeigt, daß es der französischen Regierung in jüngstem Gegensatz zu den Behauptungen in der Kriegsgefangenennote des Verbündeten nun doch eingefallen ist, daß sie am 28. August Verhandlungen über die Heimhaftung der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation gemacht hatte. Wenn sie nun die Zurückziehung dieses Versprechens, das sie niemals stillschweigend vornehmen, sondern wenigstens der deutschen Regierung mittheilen möge, mit der Nichteinhaltung deutscher Verpflichtungen entlaufen will, so fragt es sich, um welche nicht eingehaltenen Bedingungen es sich hier handeln kann. Dasselbe muß alles ausschließen, was vor dem 28. September liegt, denn an diesem Tage ist dem deutschen Vertreter in Paris noch mitgeteilt worden, daß die Kriegsgefangenfrage erledigt sei. Die Transporte nach Deutschland würden von jetzt an unterbrochen laufen.

Damit fällt vor allem die angebliche Schuld in der Scapa-Flow-Sache weg, ebenso wie die hoffnungslose Aussicht, da der Bericht der unter Führung des Generals Kressel stehenden Kommission noch nicht vorliegt. Es bleiben also die späteren, bei dem beispiellosen Umfang der laut Bessenskonsensvereinigungen zu erfüllenden Leistungen kaum ins Gewicht fallenden Rückläufe, die wahrlich nicht als Vorwand für den Zulieferer einer von Frankreich gegen erheblich deutsche Leistungen verteidigt übernommenen Verpflichtungen dienen können. Nun wird in einer neuen Note die Freilassung der Gefangenen innerhalb von acht Tagen in Aussicht gestellt, wenn Deutschland ohne neue Einwendungen unterzeichnet. Die Kriegsgefangenen sollen also nochmals verkannt werden, und zwar für die Auslieferung der Pogger, Tods und Kräne, ohne die es ein deutsches Wirtschaftslande kann geben kann. Aber mehr noch. Um sie gleichzubewilligen, soll eine Bestimmung anerkannt werden, wonach der Verband das Recht hat, auch fernher alle militärischen und andre Zwangsmassnahmen zu ergreifen, die er für angezeigt erachtet. Wer bietet eine Garantie dafür, daß auch noch Friede ausgelöst gerade so wie heute unter diesen Zwangsmassnahmen nicht auch die Einstellung der Kriegsgefangenentransporte zu verhindern sein wird.

Damit hätte die deutsche Regierung einen legitimen wertvollen Teil des deutschen Volksvertrages verschwendet, durch ihre Zurücknahme den Kriegszustand in den Frieden hinein verändert und dennoch das Recht der Kriegsgefangenen nicht gewährert. Die deutsche Regierung wird nach all den Ergebnissen in der Kriegsgefangenennote und nach den zuvor erwähnten nicht eingehaltenen bindenden Versprechungen das drittmal sich nicht auf solch einen unsicheren Meerboden begeben, um so weniger, als gerade heute die Nachricht aus Paris kommt, Herr Glemenceau habe in einer Ansprache erklärt, daß die deutschen Kriegsgefangenen erst befreit werden sollen, wenn 500 000 deutsche Arbeiter unter genau den gleichen Bedingungen im Wiederaufbaugebiete eingetroffen seien.

Die Humanität für Menschlichkeit
Die Humanität protestiert gegen die Haltung der deutschen Kriegsgefangenen durch Frankreich unter der Begründung der Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland. Das Blatt fordert, auch Belgien und England hätten das gleiche Recht, das über diese Nichterfüllung zu bestehen, hätten aber nichtsdestoweniger die Kriegsgefangenen freizugeben. Nur Frankreich sollte sich diese Zwangsmittel nicht bereuen und gebe dadurch Deutschland Gelegenheit, seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu beladen. Es ist nicht klug, die allseitige Bewegung auf diese Weise zu stören und der deutschen Regierung nur noch die Wahl zwischen Bolschewismus oder Wiederherstellung der Monarchie zu lassen.

Italien nach den Wahlen

Die Sozialisten, fünfzig diestärkste Partei in Italien, stimmen, werden etwa ein Viertel der vorliegenden Sitze einnehmen, also eine absolute Mehrheit nicht haben. Darauf darf man sicher vorbereiten, daß die Wahltag auf das politische Leben Italiens von entscheidendem Einfluss sein werde. Stampa, Giolitti's Organ, fordert: Das Wahlergebnis sei das Plebisitiz des Volkes gegen den Krieg und seine Schuldigkeit. Nur darum stimmen die Massen für Sozialisten und Clericals, weil eben diese beiden Parteien und nur sie allein die rücksichtslose Beurteilung jeglicher Kriegspolitik bedeuten. Tempo, das offizielle Organ, lädt sich folgendermaßen aus: „Uns Außenminister wird sich dem wohlütigen Einfluß der diesen Demokratisierung des parlamentarischen Lebens, der Folge des sozialistischen und katholischen Sieges nicht entziehen können. Wenn die Franzosen im Ernst glauben, daß wir des Rumänienwesens wegen uns mit ihnen in die Ehre teilen werden, Kermeter und Henner der europäischen Freiheit und Freiheit der französischen Regierung zu werden, so täuschen sie sich gewaltig. Mit 120 Sozialisten und ebenfalls Katholiken in der Kammer und der unvermeidlichen Parlamentarisierung der bisher dynastischen und geheimen Außenpolitik ist eine Bündnispolitik mit dem Frankreich der Clemenceau und noch ein wahrer Widerstand...“

Ob Tittonis Rücktritt schon auf Rechnung eines neuen Aufschwungs in Italiens Politik zu sehen sei, läßt sich noch nicht genau beurteilen. Die D. A. A. vermutet, die Angleichung der Regierung an das Wahlergebnis werde den Sturz des Kabinetts Nitti herbeiführen und in ihm wolle Tittoni, der den starken katholischen Fraktion nahe steht, nicht verwickelt werden.

Möglich aber ist auch, daß der vorige Außenminister zurücktritt, weil ihm die Löschung der Rumänienfrage, die im italienischen Sinne bereits nicht stehen, doch nicht gelingen will, und daß ein Kompromiß sich notwendig erweist, der mit einem Schlag Italiens Hoffnung auf die Alleinherrschaft in der Adria zunichte macht und auch die Annahme d'Annunzios noch sich ziehen würde.

Freilich, selbst ist, daß gerade Seajola, der bisher den Nationalisten nahe stand, zu Tittonis Nachfolger ernannt worden ist. Die Annahme ist nicht von der Hand zu weisen, daß man gewählt habe in der Hoffnung, daß die nationalen Heilsporne bei ihm als einem der Übrigen eher als bei andern etwas ertragbar werden, was ihrer völligen Niederlage gleichkommt, nämlich ein Nachgehen in der Rumänienfrage.

Während so in Italien Dinge von tiefenentscheidender Bedeutung vor sich gehen, scheint d'Annunzio seine Freiheitspolitik auf eigene Faust fortzusetzen, ohne Rücksicht daran, daß er möglicherweise dadurch nicht nur sich selber, sondern sein ganzes Vaterland ins Unglück stürzt. Die Südlawische Regierung sagt in einer Note nach Paris, daß es zu einem Kampfe kommen werde, falls d'Annunzio auf Spalato marschiere. Die südlawischen Gefangen in Paris, London und Washington werden den Regierungen mitteilen, daß es jeden Augenblick zum Kriege zwischen Italien und Südlawien kommen könne.

Nach dem Sturz wird von d'Annunzio und seinen Freiwilligen ein Handstreich gegen Triest vorbereitet. In dieser (jetzt ohnehin zu Italien gehörenden) Stadt soll d'Annunzio ein militärisches Zentrum Italiens errichten wollen.

Die bisherigen Erfolge scheinen dem Dichter-Poeten vollends den Kopf verwirrt zu haben, daß beweist die Aussage, die er angeblich dem Korrespondenten des Daily Express gegenüber getan hat: „Morgen könnte ich, wenn ich wollte, an der Spitze von 600 000 Mann gegen Rom marschieren, und ich werde es tun, sobald ich es für gut finde.“

Immerhin wird die Regierung in Rom gut tun, endlich einmal entscheidende Schritte gegen den größtmöglichen Poeten zu unternehmen, ehe Dalmatien für sie und die unermüdlichen Truppen zu einem italienischen Balkanum wird.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919